

# tschech. Demokratische Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

titl. Dělnická akademie

P r a h a II.

Zentralorgan der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

21 Jaktlon u. Verwaltung: Drag II, Telčanská 16 • Teleph.: 20793, 31409, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33658 • Dollchredakt.: 57354

13. Jahrgang.

Sonntag, 22. Oktober 1933

Nr. 248.

## Wo ist Villard?

Paris, 21. Oktober. Der Internationale Advokaten-Ausschuss, welcher sich mit der Verteidigung der der Brandstiftung beschuldigten Personen befaßt, gibt bekannt, daß der französische Advokat Villard, welcher bekanntlich am letzten Samstag verhaftet wurde und infolge Einschreitens der französischen Polizei in Berlin bereits vor vier Tagen in Freiheit gesetzt und an die französische Grenze gebracht werden sollte, bisher, gleichwie seine Sekretärin, vermißt wird.

Der Ausschuss fordert die beschleunigte Feststellung, was mit Dr. Villard geschehen ist.

## Schutz der Angestellten bei Presseeinstellungen

Beschlüsse des gestrigen Ministerrates.

Brag, 21. Oktober. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung des Ministerrates wurde die Regierungsverordnung zum Schutze der Angestellten, die durch die Einstellung periodischer Zeitschriften bedroht sind, angenommen.

Weiters wurde der Regierungsentwurf über die Zahlung einiger Verbindlichkeiten der staatlichen und anderen öffentlichen Angestellten sowie der Hinterbliebenen nach solchen als Ergänzung der Regierungsverordnung über die Regelung der Auszahlungstage der Dienstbezüge angenommen.

Angenommen wurden weiter die Durchführungsverordnungen zum Kartellgesetz, u. zw. die Verordnung über die Anwendung einiger Bestimmungen des Kartellgesetzes gegen unangemessen hohe Nichtkartellpreise (Tarife), weiters die Verordnung über die Erlegung, Verwendung und Rückstellung der Kaution nach dem Kartellgesetz und schließlich die Verordnung über das Schlichtungsverfahren nach diesem Gesetz.

Gemäß dem Elaborat der Devisenkommission wurden über Vorschlag des Komitees der Wirtschaftsinhaber die Änderungen im Verzeichnis der Waren angenommen, für deren Einfuhr eine Bescheinigung der Tschechoslowakischen Nationalbank um Anteilung von Zahlungsmitteln nicht notwendig ist. (Ergenannte Freilisten.)

Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht über die Abschlußarbeiten zum Staatsbudgetentwurf für das Jahr 1934.

Gleichzeitig wurde für den Monat November der Verlängerung der Gültigkeit der für alle Zweige der staatlichen Verwaltung festgesetzten Grundätze über die Sparmaßnahmen bei der Gebarung mit den Budgetkrediten zugestimmt. Schließlich wurden die auf der Tagesordnung befindlichen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Personalangelegenheiten erledigt.

## Weitere Vereinseinstellungen

Darunter Ortsgruppen der Eghalanda Omoi und die Prager „Germania“.

Brag, 21. Oktober. Amtlich wird gemeldet: Die Polizeidirektion hat heute die Tätigkeit des „Deutschen Volksvereins“ und der „Germania, Les- und Redeverein der deutschen Hochschüler in Prag“ eingestellt, weil diese Vereine eine politische Tätigkeit nach den Richtlinien der deutschen politischen Parteien, deren Tätigkeit wegen Verstärkung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingestellt worden ist, entwickelt haben.

Karlsbad, 21. Oktober. Das staatliche Polizeikommissariat in Karlsbad hat die Tätigkeit nachstehender Vereine in Karlsbad und der Vororte von Karlsbad eingestellt: Altschlesischer Volksverein in Rißhern, Deutscher Volksverein Karlsbad, Eghalanda Omoi in Karlsbad, Eghalanda Omoi in Drachowitz, Eghalanda Omoi in Donik, Eghalanda Omoi in Rißhern, Deutscher Männergesangsverein in Drachowitz, Jungböhmischer Bund in Karlsbad und Deutscher Turnverein Karlsbad 1890 (Deutschböhmisch).

Bodenbach, 21. Oktober. Bei den Angehörigen des Jungböhmischen Bundes in Bodenbach wurden heute vormittags Handdurchsuchungen vorgenommen. Im Zuge dieser Untersuchungen wurden zwei Personen verhaftet und in das Leitmeritzer Kreisgericht eingeliefert. Das Vermögen des Bundes wurde beschlagnahmt.

In Auffig wurde die Tätigkeit des Vereines „Jungböhmischer Bund“ in Tümitz und jene der „Arminia“ in Auffig eingestellt.

## Litwinow fährt nach Washington

Zu persönlichen Verhandlungen mit Roosevelt

Moskau, 21. Oktober. Ueber Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten reist Volkskommissar für Aeußeres Litwinow in den nächsten Tagen nach Washington.

Die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die Präsident Roosevelt persönlich mit dem Volkskommissar für Aeußeres führen wird, werden hauptsächlich Forderungen an die Sowjetunion, die kommunistische Propaganda in den Vereinigten Staaten und die normalen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern betreffen.

In dem vom 10. Oktober datierten Einladungsschreiben Roosevelts heißt es:

Es ist sehr bedauerlich, daß die zwei großen Völker, zwischen denen mehr als ein Jahrhundert lang eine für beide Teile glückliche und vorteilhafte Freundschaftstradition bestand, jetzt keine praktische Methode direkter gegenseitiger Beziehungen besitzen. Die Schwierigkeiten, die diese anormale Lage schufen, sind ernst, jedoch meiner Ansicht nach nicht unüberbrückbar, doch können Schwierigkeiten zwischen zwei großen Völkern nur durch offene freundschaftliche Aussprachen beseitigt werden. Wenn auch Sie dieser Meinung sind, werde ich mich freuen, beliebig von Ihnen bestimmte Vertreter zu empfangen, um persönlich mit mir alle zwischen beiden Ländern schwebende Fragen zu prüfen. Die Teilnahme an einer solchen Aussprache wird selbstverständlich keiner

der Parteien Bindungen in Bezug auf die künftige Richtung der Handlungen auferlegen.

Malinin antwortete in seinem Schreiben an Roosevelt u. a.:

Die abnormale Situation, auf die Sie in Ihrem Schreiben mit Recht hinweisen, wirkt sich nicht nur auf die Interessen der zwei Staaten, sondern auch in der internationalen Lage ungünstig aus, indem sie die Elemente der Unruhe verstärken, den Prozeß der Festigung des allgemeinen Friedens komplizieren und die auf die Verleugung dieses Friedens gerichteten Kräfte anspornen. Demgemäß nehme ich gerne Ihren Vorschlag an, in die Vereinigten Staaten Vertreter der Sowjetregierung zu entsenden, um mit ihnen unsere Länder interessierende Fragen zu prüfen. Als Vertreter der Sowjetregierung wird sich der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow zu einem zu vereinbarenden Termin nach Washington begeben.

## Wie die bayerische Grenzbevölkerung verhetzt wird

Wüste Stimmungsmache gegen die Tschechoslowakei  
Was macht die österreichische Legion an der Grenze?

Brag, 21. Oktober. Zu der aufsehenerregenden Meldung über die Konzentration eines Teiles der österreichischen Legion knapp an der Böhmerwaldgrenze wird uns noch ergänzend berichtet, daß diese Aktion nicht nur militärischen Vorbereitungswecken, sondern offenbar auch der kriegserregenden Stimmungsmache unter der bayerischen Grenzbevölkerung dient. Die Abteilungen der Nazi-Legion wurden in Rühmarschen nach Wöllersdorf dirigiert, selbstverständlich mit Militärmusik und Halenkreuzfahnen an der Spitze. In den Durchmarschorten wurden amtliche Begrüßungsfeiern veranstaltet, wobei mit „Siegheil“ nicht gespart worden ist. Die Legion trägt zu ihren Gewehren französische Bajonette und ist in der üblichen M-Uniform durch ein rotes Band an der Kappe erkennlich. Der Sold ist allerdings gering, denn er beträgt nur zwei Mark (16 Kr) in zehn Tagen.

## Greuelmärchen über die Tschechoslowakei

Als Begleitmusik zu dem Aufmarsch der Legionäre an der Grenze bringen die gleichgeschalteten und selbstverständlich von amtlichen Weisungen abhängigen Zeitungen des Böhmerwaldes heftige Presseangriffe auf die Tschechoslowakei. So veröffentlicht der „Oberfränkische Kurier“ in Weiden in seiner Ausgabe vom 12. Oktober einen großaufgemachten Artikel

## „Der große Umschwung im deutschen Sprachgebiet jenseits der Grenze“

Dort wird der Bevölkerung zuerst gruselig gemacht mit den militärischen Rüstungen der Tschechoslowakei. Es heißt, daß an der Grenze tschechische Motorpatrouillen hin- und herkurren, „als seien sie Vorläufer eines Aufmarsches“. An näher bezeichneten Punkten werden angeblich von unserer Seite Befestigungsarbeiten durchgeführt. Tschechische Bombenslugzeuge seien angeblich bereit, von Taus aus in einer halben Stunde ihre Bomben auf Nürnberg abzuwerfen. Damit aber der biedere Leser nicht zu viel Angst bekommt, sagt der Bericht weiter:

„Eine strategische Gefahr ist bei dem trostlosen Stand der tschechischen Finanzen nicht gegeben.“

## Hoffnung auf irredenta

Der „Oberfränkische Kurier“ schreibt in gleichem Zusammenhang weiter:

„Der riesige Apparat der tschechischen Rüstungen konnte bisher zu keiner Probemobilisation trotz aller „Kriegsruft“ gegen Deutschland zusammengefaßt werden, weil die früheren Veranstaltungen dieser Art von Deutschen, Slowaken und Ungarn so spät bemerkt wurden, daß sie zu einem hohen Prozentsatz den Einrückungstermin verfehlten.“

An anderer Stelle wird die Absicht, die Tschechoslowakei als einen ungefährlichen, innerlich morschen Gegner hinzustellen, noch deutlicher. Nach einer Schilderung der engen Grenzbeziehungen zwischen den Sudetendeutschen und den Reichsdeutschen sagt das Blatt:

„War kann den ruhigen Umfluß der Kulturbeziehungen nicht durch politische Maßnahmen hindern. An dieser Einsichtlosigkeit wird der tschechische Staat eines Tages scheitern.“

So interpretiert die gleichgeschaltete Presse die offiziellen Friedensbetuerungen Hitlers.

## Die Tätigkeit unserer Nazis stimmt die Hitlerleute zuversichtlich

Zum Schluß zitiert das Blatt einen Bericht des „Brenner“ über die Umtriebe der Halenkreuzler in Hultschin und Südmähren und fügt hinzu:

„Diese Bewegung ist die Frucht der verstärkten Bedrückungen und wächst aus dem sudetendeutschen Volke heraus. Sie wird auch in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, die an die Oberpfalz und an das nordöstliche Oberfranken angrenzen, sich entwickeln, weil die Tschechen den Deutschen nur die Rolle eines Knechts zugedacht haben. Diese Entwicklung mag die Grenzbevölkerung im Reiche jubelnd begrüßen.“

Damit wird der bayerischen Grenzbevölkerung mit kaum zu überbietender Offenheit Narzumachen versucht, daß dank der Tätigkeit der Halenkreuzler die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu bestehen aufhören wird und daß ein Krieg mit uns nicht zu fürchten sei. Zum Glüd ist aber auch unter der bayerischen Stadt- und Landbevölkerung die Enttäuschung über das Hitler-Regime schon so groß, daß diese haferküllte Propaganda kaum auf fruchtbaren Boden fallen wird.

## Ostchinabahn

Hochspannung im Konflikt Sowjetrußland - Japan

Um die ostchinesische Bahn ist erneut ein Konflikt entstanden, der zu einer außerordentlichen Verschärfung der Spannung zwischen Sowjetrußland und Japan geführt hat. Die ostchinesische Bahn, seinerzeit mit französischem und russischem Kapital erbaut, stellt die für Rußland so wichtige kürzere Verbindung mit seinem östlichsten Hafen Wladiwostok her. Diese Bahnlinie war im Verlaufe der letzten zwölf Jahre wiederholt der Anlaß von Auseinandersetzungen, die schließlich mit dem Zustandekommen von Verträgen ihren vorläufigen Abschluß fanden.

Die in Sowjetrußland Regierenden, die für andere Völker das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Unabhängigkeit proklamieren, hielten mit Fähigkeit an diesem Erbstück des zaristischen Imperialismus fest. China mußte es sich auch von Sowjetrußland gefallen lassen, daß es nicht die alleinige Verwaltung und Bestimmung über die Bahn, soweit sie auf chinesischem Territorium verlief, erhielt, sondern daß sie sich darin mit einer fremden Macht teilen mußte. An dem letzten Vertrag, der zwischen China und Rußland in dieser Frage zustande kam, wurde China die Möglichkeit des späteren Rückkaufs der Bahn eingeräumt.

Durch die von Japan betriebene Errichtung des Bajallenstaates Mandschukuo sind die Rechte der chinesischen Regierung für den größten Teil der chinesischen Bahnstrecke an die Regierung von Mandschukuo übergegangen. Es war zu erwarten, daß die japanischen Imperialisten und Militaristen, die die wirklichen Herren in Mandschukuo sind, bald gegen die russischen Rechte an der ostchinesischen Bahn vorstoßen würden. Die Japaner wußten, daß in der Mandschurei ihre und nicht die Interessen irgendwelcher anderer Regierungen oder Kapitalistengruppen bestimmend sein dürfen. Obwohl die Russen bis zu diesem neuen Streitfall den japanischen Imperialisten bei der Erlegung des mandchurischen Owers ihres Raubes und bei der Sicherung wirklich nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet haben, waren ihnen die sowjetrussischen Besitztümer und sowjetrussischen Interessen im Wege. Außerdem sichern die Verträge den Russen auch völlige Bewegungsfreiheit auf einem bestimmten Gelände zu beiden Seiten längs der Bahnlinie — ein Vorrecht, das von den japanischen Militaristen mit besonderem Mißtrauen betrachtet worden sein mag.

Jedenfalls wurde schon vor einiger Zeit über die Aufnahme von Verhandlungen über den Verkauf des russischen Anteils an der ostchinesischen Bahn an Mandschukuo — in Wahrheit also an Japan — berichtet. Aber während dieser Verhandlungen setzten die Behörden Mandschukuos, die unter japanischer Führung stehen, mit einer großen Aktion gegen die leitenden russischen Beamten der Bahn ein. Unter dem Vorwand, daß sie ihre Befugnisse überschritten und die Verträge verletzt hätten, wurden sie entweder verhaftet oder von ihren Stellen abgesetzt. Aber diesmal reagierte Sowjetrußland auf diese japanischen Provokationen anders, als auf die zahlreichen vorangegangenen. Anstelle der abgesetzten leitenden Beamten wurden sofort andere ernannt, die alle ihnen aus den Verträgen zustehenden Rechte übernahmen. Dann holte es in der vorigen Woche zu einem großen Schlag gegen Japan aus, indem es durch die amtliche Telegraphenagentur eine Reihe von Dokumenten veröffentlichte, die nichts geringeres bewiesen, als daß die ganze Aktion von den japanischen Beratern oder amtlichen japanischen Stellen in Mandschukuo im Einvernehmen mit dem Außenministerium in Tokio inspiert und organisiert worden war. Aus Berichten des japanischen Botschafters in Mandschukuo ging hervor, daß in Konferenzen, die unter Beteiligung des japanischen Militärkommandos stattgefunden hatten, Maß-

nahmen besprochen worden waren, mit denen die Unterordnung der Ostbahn und ihres gesamten Apparates unter die Pläne des mandchurisch-japanischen Staates durchgeführt werden sollte. Es wurden weitere Verhaftungen auf die leitenden Beamten und die Verhaftung und Internierung beschlossen. Nach dieser ersten Aktion und einer sich anschließenden „Untersuchung“ sollten dann weitere Verhaftungen unter den an beiden Seiten der Bahn lebenden Sowjetbürgern durchgeführt werden. Das ist auch geschehen.

Die Russen haben die Veröffentlichung dieser Berichte mit einer Note an die Regierung in Tokio begleitet, in der sie die unverzügliche Wiederherstellung ihrer Rechte an der Bahn und die Freilassung der Verhafteten fordern. Die japanische Regierung hat — auch das war nicht anders zu erwarten — mit Ent-

rüstung geantwortet, daß die veröffentlichten Berichte gefälscht seien. Sie verlangt von Rußland die Zurücknahme der Beschuldigung, andernfalls sie zu weiteren Maßnahmen zu greifen gezwungen sei. Rußland erklärt die Berichte für echt und soll — um sich vor Eventualitäten zu schützen — Truppenverchiebungen in größerem Umfang nach seinem äußersten Osten vornehmen. Japan hat seinerseits mit Truppenkonzentration geantwortet.

Die kapitalistischen Klassen Englands, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und anderer Länder sehen gespannt diesem Konflikt zu. Selbst wenn es jetzt nicht zu einer gewaltsamen Entladung kommt, darf doch die Arbeiterklasse und die internationale sozialistische Bewegung die schwüle Entwicklung im Fernen Osten nicht aus dem Bereich ihrer ernstesten Aufmerksamkeit lassen.

# Getarnte Hakenkreuzler

## Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (Aussig)

Der DHB, dessen voller Name bis nach dem Umsturz auch auf dem Gebiete des früheren Oesterreich „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband“ lautete — dieser Name bedeutete selbstverständlich keine Gefinnung, denn welchen Sinn hätte der selbstgewählte Titel sonst gehabt? — hat sich nach der Staatentrennung natürlich für das Gebiet der nunmehrigen Tschechoslowakei umzusehen und hat sich bei dieser Gelegenheit mit Beibehaltung der Abfärbung in „Deutscher Handels- und Industrie-Angestellten-Verband“ mit dem Sitze in Aussig umbenannt. Die „Prager Presse“ hat kürzlich diesen inländischen DHB in einigen Notizen einer näheren Betrachtung unterzogen, die ihn veranlaßt haben, sich dazu in einer Zuschrift an das genannte Blatt zu äußern, die er vorwiegend u. a. auch in der „Reichenberger Zeitung“ am 10. Oktober veröffentlicht läßt. Darin behauptet er, daß er „insbesondere (schon dieses Wort allein spricht Bände) seit dem Umsturz eine nach jeder Richtung hin vollkommen selbständige und unabhängige Organisation“ sei und zum gleichgeschalteten deutschen Handlungsgehilfenverband in Hamburg keine wie immer gearteten Beziehungen habe. Dadurch, daß der frühere Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Sitz Hamburg, von den neuen Machthabern in Deutschland vernichtet worden sei, seien „auch die letzten, aus unserer Jahrzehntelangen Mitgliedschaft im „Internationalen Bunde christlicher Angestelltenverbände, Sitz Paris“ herrührenden, rein sozial-gewerkschaftspolitischen Berührungspunkte mit dem nicht mehr bestehenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in Hamburg automatisch restlos in Wegfall gekommen“.

Das klingt so, als ob unser inländischer DHB niemals mit seinem Hamburger Vater in Beziehungen gestanden habe. Nun ist es aber hinlänglich bekannt, daß der DHB auf dem Boden des alten Oesterreich und damit auch im Gebiete der jetzigen Tschechoslowakei eine ganz einfache

### Fiktionalgründung von Hamburg aus

war und stets auch ganz offiziell als Teil des Hamburger Verbandes galt. Daß dem so ist und daß das auch für den jetzigen DHB mit dem Sitze in Aussig für die Tschechoslowakei zutrifft, geht nicht nur aus seinen Mitglieds-

nummern hervor, die in der Hamburger Reihenfolge fortlaufen, sondern insbesondere auch daraus, daß

der Aussiger DHB in den Tätigkeitsberichten des Hamburger DHB ausdrücklich als dessen Gliedorganisation genannt

und in den Tabellen so geführt wird. Die organisatorische Eingliederung in den Hamburger DHB ist so innig, daß in den verschiedenen Tabellen, wie Aufzählung der Ortsgruppen mit mehr als 1000 Mitgliedern, Aufzählung der stärksten Jugendgruppen, statistische Darstellung der Bildungsarbeit u. a. m., stets die Ortsgruppen des DHB in der Tschechoslowakei (Aussig, Reichenberg usw.) mitten in den reichsdeutschen Ortsgruppen des Hamburger DHB genau nach dem ABC eingereiht erscheinen, also tatsächlich als

### unmittelbare Untergliederungen des Hamburger DHB.

aufgezeigt werden. Da der Hamburger DHB diese Daten unmöglich veröffentlicht haben kann, ohne sie vom Aussiger DHB für eben diese Tätigkeitsberichte zur Verfügung gestellt bekommen zu haben, ist daraus klar erwiesen, daß der Aussiger DHB nicht so, wie er es jetzt der Öffentlichkeit weismachen möchte, mit dem Hamburger DHB nur über die sogenannte christliche Angestellteninternationale mit dem Sitze in Paris (deren Vorsitzender übrigens der Hamburger DHB-Vorsteher war) lose sozial- und gewerkschaftspolitische Berührungspunkte hatte, sondern daß er nur um den vereinsgesellschaftlichen Vorherrschaft in der Tschechoslowakei formell zu entsprechen, hier statutorisch als rein selbständiger Verband konstituiert wurde, tatsächlich aber wie bis zur Staatentrennung auch weiterhin als Bestandteil und Untergliederung des Hamburger DHB geführt und behandelt worden ist. Dies geht so weit, daß z. B. auch die Aufzählung einer Geschäftsstelle des Aussiger DHB in Wahren-Schlesien im Tätigkeitsbericht des Hamburger DHB in den in organisatorischen Veränderungen mit verglichen wird. Ganz zu schweigen von der Art, wie die Vertretungen des Hamburger DHB auf Tagungen des Aussiger DHB und umgekehrt immer austraten und behandelt wurden, worüber

man näheres ebenfalls in den eigenen Berichten des DHB nachlesen kann.

Ob sich in diesem organisatorischen Verhältnis zu Hamburg seit der Hittlerischen Gleichschaltung etwas geändert hat, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis; der Aussiger DHB behauptet jedenfalls, mit dem gleichgeschalteten Hamburger DHB nicht mehr zu tun zu haben. Sollte nicht vielleicht wieder im nächsten Tätigkeitsbericht des Hamburger DHB der richtige Aufschluß darüber zu finden sein?

Doch sei dem wie immer: mit seinen kampfhaften Bemühungen, seine absolute Neutralität in parteipolitischen Beziehungen gerade jetzt nachzuweisen, wo die nationalsozialistische Partei und die Nationalpartei aufgelöst wurden und sich daraus gewisse Weiterungen ergeben könnten, kann der DHB, weder seine Hamburger Verbindungen vergessen machen, noch darüber hinwegtäuschen, daß er tatsächlich

### eine Art Sammelkader für die Hakenkreuzler

immer zu sein scheinen mußte. Aus dem DHB, dessen Verbandsobmannstellvertreter, Reichsberger Kreisobmann und Kreisgeschäftsstellenleiter er ist, kommt z. B. der Abgeordnete Köhler, bis zur Auflösung der Nationalsozialisten deren Mitglied und Parlamentarier, vom Bodenbacher Parteitag mit eingesehtes Direktoriumsmitglied und jetzt Angehöriger der von den Hakenkreuzler-abgeordneten neu gebildeten sudetendeutschen parlamentarischen Vereinigung. Die engen Gegenständigkeitsbeziehungen zwischen DHB und nationalsozialistischer Partei können also doch nicht gar so aus der Luft gegriffen sein, wie es der DHB jetzt gerne wahr haben möchte.

In diesem Zusammenhang dürfte eine kleine Erinnerung nicht unangebracht sein. Als die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System vor dem Inkrafttreten stand, entfaltete der DHB mit Berufung darauf eine große Mitgliederwerbung. Ueber Hamburger Einpruch gab er aber seinen Arierparagrafen nicht auf, konnte deshalb die Bewilligung zum Genter System nicht erhalten, erhöhte seine Beiträge, um den Staatsbeitrag aus eigenen Mitteln decken zu können und beschimpfte die den Staatsbeitrag auszahlenden Verbände als „Kostgänger des tschechoslowakischen Finanzministeriums“ u. ähnl. Später wurden wohl die Lasten daraus zu groß und so verfiel man auf den Ausweg der Gründung eines Scheinverbandes ohne formellen Arierparagrafen, dem einfach alle DHB-Mitglieder ohne eigene Beitragsleistung formell als Mitglieder angehörten und der

### die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages

bekam. Auch das scheint schließlich nicht genügt zu haben und so konnte man wohl endlich den Hamburger Widerstand überwinden, so daß der DHB selbst den Arierparagrafen, auf den er immer so stolz gewesen, aus seinen Satzungen entfernte, um die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages zur Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. So wurde er nun selbst nach seiner eigenen geschmackvollen Ausdrucksweise „Kostgänger des tschechoslowakischen Finanzministeriums“ und

### gab ob schänden Mammons willen das heiligste seiner Heiligtümer, nämlich seinen Arierparagrafen hin . . .

Wenn man diese Wandlungen überblickt, so erscheint es einem immerhin möglich, daß der DHB jetzt auch seinen Hamburger Stammvater verleugnet und mit Hakenkreuzlern und Deutschnationalen angeblich nichts mehr zu tun haben

will. Das ändert aber nichts an den Tatsachen, die bestehen bleiben, auch wenn das „Deutschnational“ aus taktischen Gründen aus dem Verbandstitel entfernt wurde, der DHB-Parlamentarier aus der aufgelösten Hakenkreuzlerpartei ausgeschieden und der sudetendeutschen Vereinigung beigetreten ist und schließlich der Arierparagraf aus reinen Begründen ausgefallen wurde, aber natürlich für die tatsächliche Aufnahme von Mitgliedern in Wirklichkeit weiter gehandhabt wird.

Man lasse sich also durchaus nichts vormachen!

## Aus der Tätigkeit eines demokratischen Abgeordneten

Herr Dr. Bacher als Mitarbeiter an der gleichgeschalteten Presse.

Der Herr Dr. Bacher hat sich, seitdem nämlich die Demokratie in der Tschechoslowakei eine so feste Hand erwiesen hat, in der „Bohemia“ als die Verfechter aller Ideale der Demokratie vorgestellt und auch in der „Polen“, die wir mit ihm als Obmann der Reichsgewerkschaft hatten, hat er wieder seine demokratische Ueberzeugung betont. Merkwürdig ist nun, daß dieser Demokrat sich trotzdem bereit findet, an der gleichgeschalteten reichsdeutschen Presse mitzuarbeiten. Herr Dr. Bacher kann diese Mitarbeit diesmal nicht leugnen, obwohl er es vorgezogen hat, den betreffenden Artikel nicht zu unterschreiben. In der Ausgabe der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom 19. Oktober 1933 finden wir einen Artikel „Prager Hoffnungen“ mit dem Untertitel „von unserem Korrespondenten“, der mit dem Signum B. gezeichnet ist. Daß dieser B. niemand anderer ist als Herr Dr. Bacher, lehrt ein Vergleich mit dem Artikel der „Neuen Freien Presse“, der gleichfalls am 19. Oktober 1933 unter dem Titel „Die Wirtschaftslinie der Tschechoslowakei“ erschienen ist und mit Franz Bacher gezeichnet ist. Die beiden Artikel sind nahezu vollkommen gleich. Der größte Teil der beiden Artikel deckt sich wortwörtlich, nur daß das Breslauer Blatt einige Stellen ausgelassen hat, so jene, in der von belebenden Symptomen bei den tschechoslowakischen Eisenbahnen die Rede ist. Auch sonst wird in dem deutschen Blatte versucht, Änderungen in dem Artikel vorzunehmen, die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei noch um einen Grad schlechter darzustellen. So spricht der Artikel der „Neuen Freien Presse“ von „einer anhaltend sinkenden Steigung des Auslands Handels“, der Breslauer Artikel spricht von „einer sinkenden Reigung der Handelskurve“. Ob Herr Dr. Bacher diese Änderungen selbst vorgenommen hat, oder die Redaktion in Breslau, ist uns nicht bekannt.

Auffallend ist nur, daß Herr Dr. Bacher den Artikel in der „Neuen Freien Presse“ unterschrieben hat, aber in dem deutschen Blatte nicht. Entweder will er das Breslauer Blatt nicht mit der Mitarbeit eines Juden belasten, oder er ist zu vorsichtig, öffentlich als Mitarbeiter der gleichgeschalteten Presse aufzutreten. Am übrigen werden wir die Mitarbeit des Herrn Dr. Bacher in dem Breslauer Nasblatt nicht mehr kontrollieren können, da die Zeitung soeben für die Tschechoslowakei verboten wurde.

Allenfalls wirft der Artikel in der Breslauer Zeitung ein sonderbares Licht auf diesen sonderbaren Demokraten.

# Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

Damals war das kleine braune Mädel am Strand gestanden, mit erhobenen Händen und eine weiße Blume im Haar.

Da unten irgendwo lag dieser See versteckt. Dort war der weiße Strand mit dem kleinen bunten Boot.

Diesmal würde er mit Lilith im Boot über den See fahren. Sie würden sitzen und träumen. Die gefährlich kostbaren Stunden vor dem Einsturz des Kometen würden vorüberziehen. Sie aber würden im Rahn sitzen und lächeln und sich nicht fürchten.

Es war ihr freier Wille, im Boot zu sitzen und auf die Stunde zu warten. Denn drüben im See lag ja der starke silberne Vogel, der auf ihren Wink harrete, um sie in die sicheren Kamern zum New Ararat zu bringen. So träumte Did Douglas.

„Wirst Du leben? Oder wirst Du sterben?“ fragte eine Stimme in Did. Er gab sich keine Antwort.

Seit einer Stunde zog Did Schleifen und Kreise über einer kaleidoskopartig wechselnden Landschaft.

Gelbbraune, vegetationslose Felsgruppen über hellfarbigen Bauminseln lagen in der graugrünen Steppe. Einmal glänzte das Band eines Flußlaufs, der sein Wasser träge durch den Mangrobedampfschob.

Drunten hatte sich jetzt die Bauminsel aus-

gebreitet und ineinander geschoben. Sie hatte die Gunicsteppe aufgefressen.

Did stellte den Motor auf Augenblicke ab. Er ging noch tiefer, so daß sich jetzt die Tragflächen dicht über die Wipfel schoben. Man hörte Gefreisch der Papageien und den kurzen rauhen Schrei des Kaschornvogels.

Am Ende dieser Höhenrücken, die sie jetzt entlang flogen, mußte der Taltefler liegen. Did glaubte sich auch nicht getäuscht zu haben, vorhin, als er vor dem Tiefgehen die Lade in dem Wipfelozean sah. Aber jetzt mußten sie eigentlich schon —

Eben waren sie noch dicht an den Baumwipfeln geflogen. Nun wich die Erde von den Tragflächen zurück. Die Maschine schwebte über ein in die Erde gestampftes Atoll.

Ein blaues Stüchchen See lag unten und daran ein Vogen schmalen weißen Strandes. Betelpalmen und Palmen der Kokosnuß säumten die Sandstreifen. Dahinter am Hang wucherten rotblühende Sträucher. Eine Wolke freischwebender Papageien hing im Geäst.

Nur Sekunden hingen Dids Augen an diesem Paradies. Aber als er aufblickte und geradeaus sah, da ronnte schon weißes Meiden in den Propeller. Eine Sekunde wenn er überlegt hätte, wären sie verloren gewesen. So rief er instinktiv das Höhensteuer. Die Maschine bäumte sich auf und stieg steil. Dort schoben sich die Tragflächen an der senkrecht aufsteigenden Felswand vorbei.

Mit wenigen Metern kam Did mit der Maschine über die Wipfel am Rande des Plateaus hinweg. Nun lag helles Grün wieder wie lebendiges Meer unter ihnen. Dids Hand lag ruhig und sicher am Rad des Steuerers. Er führte die Maschine in weiter Schleiße zurück.

Unwirklich schnell war diese Erscheinung aus blauem Wasser und rotblühendem Gesträuch vorbeigehuscht. Did mußte sich besinnen, ob er

das alles doch nicht nur in seiner erregten Phantasie gesehen hatte. Aber hier auf seiner Karte war das kleine blaue Kreuz. Es zeigte Landemöglichkeit für ein Wasserflugzeug. Er hatte es selbst eingetragen, damals, als er hier zum ersten Male gelandet war.

Junmer war es ein Wagemut, den Aeroplan in diesen Kessel fallen zu lassen. Das Stüchchen See da unten war jedoch die einzige Landemöglichkeit. Heute besonders mußte es ihm gleich sein, ob der Anprall die Schwimmer led schlug oder das ganze Fahrgestell herunter rief.

Noch drei Tage Galgenfrist gab der grün-lauernde Komet.

Lilith war bei ihm! Ihr Kopf lag auf seinem Schoß — da schloß sie lächelnd mit leicht geöffnetem Mund.

Did hatte keine Angst vor dem anschreitenden Schicksal. Wie sie beide da unten in diesem Stüchchen Paradies sterben sollten — vor diesem Tod hatte Did keine Angst. Lächeln konnte er darüber.

Mit fester Hand bediente Did die Hebel. Seine Finger lagen ruhig und schlank am Steuer. Er ließ die Maschine schräg auf das Wipfelmeer heruntergehen. Es mußten nur noch wenige hundert Meter bis zum Taltefler sein.

Nun stellte Did das Gas ab. Der Motor puffte noch ein paar mal unwillig. Dann schwebte er. In Wellen sprang die Maschine gleitend über die Wipfel. Sie mußte soviel wie nur irgendmöglich an Geschwindigkeit verlieren. Es kam dann auf jeden Meter der Landefläche an. Das Höhensteuer mußte gerade in jenem Augenblick nach unten gerissen werden, in dem sich die Tragflächen über den abfallenden Rand der Felswand schoben.

Vornübergeneigt, die Nerven kommandobereit, die Sehnen angespannt, so sah Did am Steuer. Jetzt schob sich der Aeroplan in die freie Luft des Kessels. Sofort rief Did das Höhen-

steuer tief. Die Tragflächen stellten sich schief nach vorne. Die Maschine stürzte steil vornüber hinab.

Mit wachsender Geschwindigkeit näherte sie sich der Wasserfläche. Man mußte glauben, der graue Vogel wolle seine Brust im See zerbrechen. Schon schien die Maschine den Wasserspiegel zu berühren. Doch nun warf sie sich in jäher Kurve nach oben. Dabei verlor sie soviel an Geschwindigkeit, daß sie jetzt wie ein Stein schräg vorwärts in das Wasser fiel.

Einen kurzen Augenblick konnte Did den Motor noch einmal aufheulen lassen. Der Propeller hatte wild angerissen. Dann gab es eine Wasserfontäne, in der die Maschine eine Sekunde verschwand. Nun zirkelte sie, einen dicken Streifen Gischt hinter sich, über die Seeoberfläche. Es war kein Quadratmeter Wasser zu viel. Das Schwimmergestell bobte sich in den weißen Ufersand. Mit einem Ruck stand das Fahrzeug still. — Sehr knapp war diese Landefläche. Es war ein bißchen aufregend.

Lilith war schon bei dem Ausprall auf das Wasser zusammengefahren und aufgewacht. Nun sah sie erschrocken da und sah zu Did auf.

„Wir sind nur gelandet“, sagte der lächelnd. „Warum gelandet?“ fragte Lilith. Dabei blickte sie erstaunt hinaus auf den See und auf die Palmenwälder.

„Das ist doch nicht der Ararat!“ sagte sie dann langsam. „Warum sind wir nicht am Ararat?“

Did war es in diesem Augenblick auch sehr schleierhaft, warum er nicht zum Ararat geflogen war. Vielleicht, daß das gefährliche Landemaneöver ihn so erschreckt hatte.

Er sagte nichts. In seinem Kopf war jetzt ein Mählrad. Es war ja nur zu wahr. Troben in den Betonkammern am Ararat, da hätte die Zeit für ihn gearbeitet. Hier war es der loyale grüne Tod, der ihm Lilith ganz geben sollte.

(Fortsetzung folgt.)

# Bauernfront gegen Heimwehr

## Und eine Schulden-Affäre des Herrn Fey

Wien, 21. Oktober. Am steirischen Landtag hielt heute der Landbündlerführer Hartleb eine Rede, in der er die Heimwehr außerordentlich scharf angriff, weil sie die Geschäfte der Legitimen besorge.

Hartleb erklärte weiters, daß die österreichischen Landbündler genau so wie die christlich-sozialen Bauern, die sich erst vor kurzem im niederösterreichischen Bauernbund gegen die faschistischen Diktaturgelüste im Regierungslager ausgesprochen haben, jeden Diktaturversuch der Regierung bekämpfen werden. Hartleb sagte wörtlich:

„Wir Bauern, gleichgültig ob grün oder schwarz, wir werden nicht dulden, daß die Herren wieder den Fuß auf unseren Nacken legen. Wir warnen dringend, sonst könnten wir auch andere Töne anschlagen.“

Schließlich erklärte Hartleb, daß der jetzige Vizekanzler Fey, dessen Namen er allerdings nur andeutete, in eine unerquidliche Korruptionsache verwickelt sei. Fey habe seinerzeit als Geschäftsführer der Heimwehrblätter auf sehr bedenkliche Weise Schulden gemacht. Er wurde von der

Druckerei — der Josefsdruckerei in Wien — geliebt und gepfändet und schließlich zum Offenbarungseid aufgefordert, dem er nur durch die Protektion seiner politischen Freunde entgehen konnte.

Kaum war er Minister geworden, so rächte er sich, indem er der Druckerei, die es gewagt hatte, von ihm die Bezahlung der Schulden zu verlangen, die Konzession entziehen ließ.

Diese Enthüllungen haben großes Aufsehen erregt. Die Abendblätter bringen die Rede, soweit es in Oesterreich noch möglich ist, in sensationeller Form. Die Staatsanwaltschaft soll den Morgenblättern aber bereits verboten haben, die Stelle gegen Fey zu veröffentlichen.

Auch der Führer der christlichsozialen Bauern Fey gab im steirischen Landtag die Erklärung ab, daß die steirischen Bauern mit den niederösterreichischen Bauern und dem Landbund darüber einig sind, daß in Oesterreich jede Form des Faschismus und des Legitimus sowie der faschistische Kurs, der sich in der Regierung breit zu machen versucht, bekämpft werden muß.

# Russischer Diplomat in Lemberg ermordet

## Der Täter ein ukrainischer Nationalist

Lemberg, 21. Oktober. Heute vormittags erschien im sowjetrussischen Konsulat ein junger Mann, der um eine Audienz beim Konsul ersuchte. Als er von dem Konsulatsbeamten Majlow nach seinen Wünschen befragt wurde, zog er plötzlich einen Revolver und stredte den Konsulatsbeamten Majlow mit zwei Schüssen nieder. Der unbekannte junge Mann schoß auch noch gegen zwei andere herbeigeeilte Beamte des Konsulates, die aber nur leichte Verletzungen davon trugen.

Der sowjetrussische Konsul, der sich in diesem Augenblick in einem anderen Zimmer des

Konsulates aufhielt, rief sofort die Polizei an, welche dann den Mörder festnahm.

Der Mörder, dessen Name von der Polizei mit Rücksicht auf die Untersuchung nicht genannt wird, bestätigte bei der ersten Einvernahme die ursprünglichen Angaben, daß er Mitglied der ukrainischen nationalsozialistischen Organisation sei und das Attentat im Auftrage dieser Organisation begangen habe.

Der Attentäter wird bereits in den nächsten Tagen vor ein Standgericht gestellt werden. Es droht ihm die Todesstrafe.

# Polizei- und Justizprovokation

## Die bulgarischen Anwälte der Angeklagten im Reichstagsbrandprozeß in Prag.

Am Freitag hielten sich auf der Durchreise nach Paris die bulgarischen Anwälte Detschew und Grigorow in Prag auf, die nach vergeblichen Versuchen, etwas für die vor dem Reichsgericht angeklagten Bulgaren zu tun, von den deutschen Behörden verhaftet und über die Grenze abgeschoben wurden.

## „Die Angeklagten haben heute nur einen Verteidiger, die Weltpresse.“

so lautet das Urteil der Anwälte, die von der Nähe sahen, wie es um die Wahrung der Interessen Torglers und der Bulgaren bestellt ist und die den Prozeß als Polizei- und Justizprovokation charakterisieren. Angesehene deutsche Strafrechtler, die von der Unschuld der Angeklagten überzeugt sind und in jedem anderen Fall für sie eingetreten wären, erklären, daß sie es nicht wagen könnten, die Verteidigung zu übernehmen, um nicht das Schicksal jener zu erleiden, die für diese Bereitschaft in den Konzentrationslagern gefangengehalten werden.

Detschew und Grigorow's Bericht bestätigt alles, was in der Deffentlichkeit bereits über die Rolle des offiziellen Verteidigers Teichert und die Glaubwürdigkeit der Zeugenaussagen bekannt geworden ist. Als die Anwälte zu Dr. Teichert kamen, um ihm ihre Unterstützung anzubieten, wurden sie in einer Weise empfangen, die an ein Verhör auf der Polizei grenzte. Teichert hat in allen Fällen, in welchen er auf entlastende Umstände aufmerksam gemacht wurde, die Verwendung dieser Gegenbeweise abgelehnt und alles getan, was zur Verschleierung des wahren Sachverhaltes hätte dienen können.

Die bulgarischen Anwälte machen besonders auf die Tatsache aufmerksam, daß

## die Behauptung der Polizei, Lubbe spreche gut deutsch, erlogen ist.

Lubbe konnte also bei seiner Verhaftung nicht so ausführliche Geständnisse machen, wie die Polizei behauptet und er kann auch nicht so komplizierte Gespräche mit den anderen, nicht holländisch sprechenden Angeklagten, geführt haben, wie es die Brandstiftung im Reichstags unumgänglich erfordert hätte. Aus diesem Grunde brachte die Polizei die Lüge von Lubbes deutschen Sprachkenntnissen auf. Der offizielle Dolmetsch ist auch gar nicht fähig, sich mit Lubbe richtig zu verständigen, weil er einen holländischen Dialekt spricht und nicht einmal die wenigen Worte, die aus Lubbe herauszubekommen sind, einwandfrei wiedergeben kann. Holländische Journalisten erklären, daß Lubbes immer wiederkehrende Worte „das kann ich nicht sagen“ im Munde eines Holländers heißen könnten, daß er etwas „nicht zu sagen wagt“.

## Ueberhaupt spielt die Frage des Dolmetschers im Verfahren gegen Lubbe eine große Rolle und einige bisher unverständliche Tatsachen werden noch das Urteil der Deffentlichkeit über die Prozeßkomödie erhärten.

Detschew und Grigorow, die vor einigen Tagen im Gerichtssaal verhaftet wurden, wurden sechs Tage lang erst in Berlin, dann in Breslau und Glatz gefangengehalten.

## Ihre Notizen wurden ihnen weggenommen und nicht mehr ausgefolgt.

Als man ihnen schließlich die Pässe zurückgab, entdeckten sie, daß die Polizei ihnen die Visa für die Durchreise durch die Tschechoslowakei und Ungarn nach Bulgarien besorgt und sogar bezahlt hatte. Auf dem Bismarck des tschechoslowakischen Konsulates in Berlin steht der Vermerk

## „Durchreise ohne Aufenthalt.“

Es war der deutschen Polizei sichtlich darum zu tun, die beiden Anwälte daran zu hindern, mit der Presse in Verbindung zu treten. Die Frechheit ging so weit, daß man ihnen befohl, auf schnellstem Wege nach Bulgarien zurückzukehren. Selbstverständlich konnten Detschew und Grigorow ihre Reise in Prag unterbrechen und das Bismarck für die Reise nach Frankreich einholen. Sie beabsichtigen, mit dem internationalen Juristenkomitee in Verbindung zu treten, denn, wie sie sagen, „der Prozeß beginnt erst und er wird gegen die wahren Schuldigen geführt werden“.

# Gömbös in Ankara

Budapest, 21. Oktober. Wie das ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro aus Ankara erfährt, wurden Ministerpräsident Gömbös und Außenminister Kánya heute nachmittags in mehr als zweistündiger Audienz von Gazi Mustafa Kemal Pascha empfangen. Der Audienz wohnten auch der türkische Ministerpräsident und der türkische Außenminister bei.

# Die Abrüstungskonferenz

## England für Vertagung

Paris, 21. Oktober. Die Agence Havas meldet aus London: In englischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz kaum einen Vorteil brächte und daß aus diesem Grunde die Möglichkeit einer neuen Vertagung derselben in Erwägung gezogen wird.

Der französische Außenminister Paul-Boncour hat jedoch gestern dem englischen Botschafter gegenüber den Wunsch der französischen Regierung betont, daß der Hauptauslöcher der Abrüstungskonferenz, wie vorgehen, am 26. Oktober zusammentreten möge.

# Der Prinz als Nazi-Agitator

Klagenfurt, 21. Oktober. In Klagenfurt wurde heute der Inhaber des Schlosses Pöchlarn Prinz Sachsen-Meinungen in seinem Auto angehalten, weil er an seinem Auto eine schwarz-weiß-rote Flagge und ein Hakenkreuz angebracht hatte. Das Auto wurde durchsucht, wobei in den Hinterrufen eine Menge nationalsozialistischer Propagandamaterialien gefunden wurde. Der Prinz wurde daraufhin sofort verhaftet. Bei seiner Verhaftung erfuhr er, mit seiner Frau telefonieren zu dürfen. Dies wurde ihm gestattet, doch wurde das Gespräch von Amtsorganen abgehört. Diese vernahmen, wie der Prinz seine Frau aufforderte, verschiedene Dokumente zu beseitigen. Die Polizei nahm in dem Schloß sofort eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte große Mengen kompromittierender Materialien. Der Prinz Sachsen-Meinungen wurde dem Landesgericht Klagenfurt eingeliefert.

# Der König von Siam an der Flucht?

Singapore, 21. Oktober. (Newsp.) Es kursieren unaufrichtig Gerüchte, daß die siamischen Regierungstruppen in ihrem Kampfe nachlassen und daß der Führer der Aufständigen, welcher sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, gegenüber der Regierung an Boden gewinnt. Der König von Siam soll sich nach Singapore begeben haben und wird sich von dort wahrscheinlich nach Penang auf einer kleinen britischen Insel in der Malajischen Meerenge begeben. Diese Meldungen sind allerdings bisher nicht bestätigt.

# Haussuchung im Parlament

in den Klubs der aufgelösten Parteien.

Prag, 21. Oktober. Heute fand in den Räumlichkeiten der parlamentarischen Klubs der aufgelösten nationalsozialistischen und deutsch-nationalen Partei eine furchtlich vom Hauspräsidium bewilligte Hausdurchsuchung statt, die der Untersuchungsrichter Dr. Kallus leitete. Der Kommission gehörte ferner Oberprokurator Doktor Cernak, Staatsanwalt Dr. Cislavsky und Oberpolizeirat Dr. Breininger an. Als Vertreter des Parlamentspräsidiums war Sekretionschef Dr. Riba anwesend, während die Parteien durch die Abgeordneten Anitsch, Zimm und Geyer, bzw. Schollisch und Gorpynka vertreten waren.

Die Hausdurchsuchung dauerte von neun Uhr früh bis fünf Uhr nachmittags und endete mit der Beschlagnahme eines großen Teiles der vorhandenen Korrespondenz und sonstiger Akten durch den Untersuchungsrichter.

Unvorsichtige Verleumdungen gegen Doktor Meißner. Anlässlich wird gemeldet: Es wurde festgestellt, daß über den Justizminister Dr. Meißner unwahre und verleumderische Nachrichten im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz betreffend die Einheitspreisgehalte verbreitet werden. Es wurde weiter festgestellt, daß die Verbreiter dieser Nachrichten sich bei keinen Behauptungen auf das Handelsministerium, ja sogar auf den Handelsminister Doktor Matoušek selbst berufen. Minister Dr. Matoušek erklärt in seinem und im Namen seines Amtes, daß diese verleumderischen Nachrichten, die über den Justizminister verbreitet wurden, absolut unwahr sind und daß er sie daher mit aller Entschiedenheit ablehnt. Justizminister Dr. Meißner bittet jeden, ihm die Verbreiter dieser verleumderischen Nachrichten und die Zeugen bekanntzugeben, da er entschlossen ist, gegen solche Personen die Klage zu überreichen.

# Merkwürdige Belastungszeugen

## Ein Wanderbursch und ein Sträfling sagen aus „wie gedruckt“.

Berlin, 21. Oktober. Im Reichstag fand heute ein neuer Lokalaugenchein statt, bei dem das Bericht den Weg, den van der Lubbe nach seinen feinerzeitigen Angaben zurückgelegt hat, verfolgte. Die Führung begann an der Stelle, wo Lubbe durch ein Fenster eingestiegen sein soll; der Weg ist mit Kreidestrichen bezeichnet und endet bei dem Klubsessel, an dem einige Zeugen eine Fadel gesehen haben wollen.

Vorher wurde als Belastungszeuge der Nationalsozialist Organa aus Rostock einvornommen, der auf der Wanderschaft vor einem Jahre bei Konstanz; mit van der Lubbe zusammengekommen sein will.

Lubbe habe damals das Kommunistenabzeichen getragen und ein zerknülltes Sowjetband am Leibe gehabt. Lubbe habe ihn (Monate vor der Brandnacht!) im Laufe eines politischen Gesprächs erklärt, „Du Deutschland hat es am längsten einen Reichstag gegeben!“, und habe ihm dann noch versichert, daß er noch von Lubbe hören werde. Lubbes Namen habe der Zeuge in dessen Paf gesehen und sich ihn „unverwischbar“ gemerkt.

Nach dem Lokalaugenchein tritt als Belastungszeuge der 23jährige Diener Willi Hinghe auf, der gegenwärtig wegen Betrug im Gefängnis sitzt. Er hat sich selbst als „Zeuge“ gemeldet.

Einige Tage vor dem geplanten Ueberfall habe er gegen 10 Uhr vormittags im Lokal Schlaffe gefessen und beobachtet, wie dort van der Lubbe durch Pfeiffer und noch einem anderen Kommunisten eingeführt wurde. Im Hinterzimmer hätten die Kommunisten eine Bestrafung gehabt. Van der Lubbe sei dort vorgeführt worden. Er habe sehr aufgeregt und schnell gesprochen.

Der „Zeuge“ hat sogar genau gehört, was Lubbe dort gesprochen hat. Etwa so:

„Kameraden und Genossen, es ist jetzt der letzte Tag, an dem wir vorgehen können. Nach den Vorfällen in Neudölln wollen wir noch einmal versuchen durchzugreifen, um den Anbruch der nationalen Bewegung zu hemmen. Man müßte Urtruheherde schaffen, aber man sollte es zunächst vermeiden, Personen dabei zu gefährden. Personen dürfen erst in letzter Linie gefährdet werden.“

Pfeiffer, fuhr der Zeuge fort, stellte van der Lubbe vor und sagte, es sei ein holländischer Genosse, der uns zur aktiven Teilnahme zugezogen worden sei. Er läme von der roten Hilfe

Dabei fiel auch der Name Torgler (!) und Dorotheenstraße.

Rechtsanwalt Dr. Sad: Von welcher Seite fiel der Name Torgler? Zeuge: Das weiß ich nicht. Lubbe sprach von einem Anzug und einem Mantel und in diesem Zusammenhang wurde auch von der roten Hilfe gesprochen und dann fiel auch der Name Torgler.

Dr. Sad fragt den Zeugen dann: Sind Sie identisch mit den Neudöllner, der den Spitznamen „Schwindelhilke“ führt. Zeuge: Nein! Rechtsanwalt Dr. Sad: Die letzten Vorstrafen des Zeugen sind dem Gericht wohl bekannt? Vorstehender: Er verbüßt jetzt wegen Betruges eine Strafe von acht Monaten Gefängnis. Die vorhergehende Strafe betrug eineinhalb Jahre Gefängnis, gleichfalls wegen Betruges. Das war im Jahre 1927.

Dr. Sad: Am 8. Verhandlungstag dieses Prozesses hat der Zeuge Zahmede ausgesagt, er habe ganz nahe am Rande einer ungeheuren Verleumdung gestanden, weil der Arbeiter Hinghe bei ihm und seinen Genossen erschienen sei und sie ange reizt habe, wegen des Selbstmordes seines Schwagers eine Aktion gegen das Wohlfahrtsamt zu unternehmen (die Hinghe dann nach seinen heutigen Angaben der Polizei hinterbracht hat). Gegen Hinghe habe man Mißtrauen gehegt, weil er Geld aus der Sammelbüchse unterschlagen hatte. Hinghe erklärt heute diese Angaben des Zeugen Zahmede für unwahr.

Es wird dann nochmals Kriminalkommissär Heißig vernommen, dem der Vorsitzende mitteilt, daß die Aussagen der holländischen Bekannten van der Lubbes, Bink und Almada von diesen zum Teil bestritten werden. Der Zeuge Heißig bleibt bei seinem damaligen Bericht und erklärt mit aller Entschiedenheit, daß ein Mißverständnis hier gar nicht in Frage komme.

Angeklagter Dimitroff: Wir haben jetzt genau einen Monat Hauptverhandlung. Wir haben von Lubbe kein lares Wort gehört. Ich frage den Zeugen, der Lubbe oft vernommen hat, noch einmal unter Eid, ob wirklich Lubbe mit eigenem Munde und eigener Sprache diese Aussagen, die die Unterlage für eine Anklageschrift sind gemacht hat oder nicht.

Zeuge: Ja wohl, es ist gar nichts anderes zu sagen.

Die Weiterverhandlung wird dann auf Montag vertagt.

# Vom Fememord zum Reichstagsbrand

## mit dem gleichen falschen Paf

Paris, 21. Oktober. (Nupref.) Der Name Vargen, der im Reichstagsbrandprozeß eine mysteriöse Rolle gespielt hat, ist bereits, wie wir festgestellt haben, im Jahre 1923 in den Akten der Fememörder und Nationalsozialisten benutzt worden.

Wie wir schon vor einigen Wochen enthüllten, fand man bei van der Lubbe bei seiner Verhaftung im Reichstag einen Paf auf den Namen van Vargen. Der „Unbekannte“, der im Jahre 1932 mit Nazi-Führern in Zornowitz zusammenkam, hieß van Vargen oder Vargen. Auf die Forderung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes an das Reichsgericht den sogenannten Vargen zu vernehmen, gab das Reichsgericht keine Antwort.

Die Antwort finden wir in dem berühmten Buch von G. A. Gumbel „Verräter verfallen der Feme“. In der Liste der Chefs der „Schwarzen Reichwehr“, der militärischen Terrororganisation, steht der Name des Leutnants von Panntwiz, alias van Vargen. Auf Seite 322 der deutschen Ausgabe heißt es wörtlich: „Er (ein Mann namens Beyer) wandte sich an den Leutnant von Panntwiz, der sich wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Schottländers verfolgt, jetzt von

Vargen nannte.“ Auf der gleichen Seite heißt es, daß sich die „Geschäftsstelle des Schweriner Arbeitskommandos in der Kaiser Wilhelm-Straße 40“ befand (wo von Panntwiz, alias Vargen, tätig war) und „wo sich gleichzeitig das Büro der Deutsch-völkischen Freiheitspartei befand“, die später von der NSDAP aufgelöst wurde.

Weiter erklärte der Oberleutnant von Vod in dem Fememordprozeß Wilms, daß sich eines Tages ein Leutnant von Vargen bei ihm gemeldet habe, den er fragte: „Aber sind Sie nicht der Leutnant von Panntwiz?“ — „A nenne mich jetzt von Vargen“, war die Antwort.

Diese Tatsachen beweisen, daß in führenden Nazi-Kreisen seit Jahren ein falscher Paf auf den Namen von Vargen zirkulierte und daß dieser Paf verwandt wurde, wenn es sich darum handelte, die Identität eines Mitglieds ihrer Organisation zu decken. Im Jahre 1923 dedte er den von der Justiz verfolgten von Panntwiz; neun Jahre später befand er sich in der Tasche des Reichstagsbrandstifters van der Lubbe.

# Dreifacher Mord in einer Schuhhütte.

## Schmuggler machen drei italienische Finanzwächter nieder.

Innsbruck, 21. Oktober. Vor kurzem wurden in einer Schuhhütte im Pasterer-Tal die verletzten Leichen von drei italienischen Finanzwächtern gefunden, die offenbar ermordet worden waren.

Wie nun vom Bundespolizeikommissariat in Innsbruck in Erfahrung gebracht wurde, ist am 19. Oktober in das Krankenhaus Innsbruck der 1908 im Pasterer-Tal geborene italienische Staatsangehörige Johann Gussler mit einem Lungeneschuss eingeliefert worden. Es ergab sich der Verdacht, daß dieser Verletzte mit der Mordtat im Zusammenhang steht, weshalb er von der Bundespolizei vernommen wurde.

Hierbei legte Gussler das Geständnis ab, er habe mit einem gewissen Paul Hofer aus Rifflun in Südtirol von Oesterreich nach Italien Waren schmuggeln wollen. Sie seien dabei von

drei Finanzwächter ertappt und in die Zwidauer Hütte gebracht worden. Dort haben man sie gefesselt und in ein Loch gebracht.

Um drei Uhr früh sei es den beiden Schmugglern gelungen, sich zu befreien und die drei Finanzwächter nach vorausgegangenem Kampf zu überwinden. Gussler habe dabei einen Lungeneschuss erhalten. Hofer habe dann die am Boden liegenden Finanzwächter erschossen.

Hierauf sei er weggelaufen und mit seinem Bruder und einem Begleiter zurückgekehrt, um den Verletzten Gussler nach Oesterreich zu befördern. Bevor sie abmarschieren und den Gussler nach Gurgl gebracht hätten, habe Hofer noch die Zwidauer Hütte angezündet, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen.

weisse die Karlsbader Zentrale nach dem Vertrag der „Elektrotechna“ zugewiesen werden sollte, wahrscheinlich jedoch an die „Telegrafica“ fällt, weil alle automatischen Zentralen im nordwestböhmischen Gebiet nach dem Rotary-System hergestellt sind, so daß die Postverwaltung begrifflicherweise nicht für Karlsbad ein anderes System einführen will. Dafür soll die Elektrotechna mit der Automatisierung des Reichenberger Netzes schädlos gehalten werden. Eine Intervention bei der Postverwaltung hätte also wahrscheinlich an diesen sachlichen Momenten scheitern müssen.

Aber abgesehen davon scheint uns dieser Brauch vom moralischen Standpunkt aus so ungenehmigbar zu sein, daß man ihm schon mehr Aufmerksamkeit widmen sollte. Die Provisionsfrage des Herrn Dr. Mathis befragt doch nicht mehr und nicht weniger, als daß es auf Grund einer unbilligen Bekanntheit mit dem Stiefbruder des Generaldirektors der Postverwaltung möglich sei, eine große staatliche Bestellung — es handelt sich um 10 Millionen K — zu bekommen. Es zeugt von einer merkwürdigen Geschäftsmoral, wenn man glaubt, so im Handumdrehen ein Millionenvermögen „verdienen“ zu können. Man spricht viel vom Schutz der Demokratie. Es will uns scheinen, daß man die Demokratie auch vor der Korruption schützen sollte. Bei Staatsleistungen sollte die Annahme und die Zahlung jeder wie immer gearteten Provision unter schwere Strafen gestellt werden. Das wäre wohl ein probates Mittel, um Leuten, die mit Nichtstun auf Kosten der Arbeitslöhne und auf Kosten der öffentlichen Moral reich werden wollen, ein für allemal das Handwerk zu legen.

### Zodesurteil in Eger

#### gegen den dreifachen Mörder Weiß.

Eger, 21. Oktober. Die Egerer Geschworenen fällten heute nachmittags ihren Wahrspruch im Mordprozeß gegen die Brüder Anton und Johann Weiß. Bezüglich des Anton Weiß bejahten die Geschworenen einstimmig die Hauptfragen lautend auf Raubmord an der Lehrerin Marie Friis, die Sophie Kraus und dem Nachtwächter Koller. Die Eventualfrage, ob Geistesverwirrung bei Begehung der Tat vorlag, wurde einstimmig verneint. Weiter wurde mit 12 Ja zum Ausdruck gebracht, daß die Straftaten aus ehrlosen und niedrigen Motiven verübt wurden.

Bezüglich Johann Weiß beantworteten die Geschworenen die Frage, ob er den Nachtwächter Koller ermordet hat, mit elf Nein und einem Ja. Dagegen wurde auch bei Johann Weiß die Frage bezüglich der Eigentumsdelikte einstimmig bejaht.

Das Gericht verkündete sodann das Urteil. Es lautet auf Tod durch den Strang für Anton Weiß und acht Monate schweren Ker-

kers für Johann Weiß, dessen Verurteilung lediglich wegen Diebstahlsbegehung erfolgte.

### Südpolflug.

Neapoli News, 21. Oktober. (Reuter.) Das Flugzeug „Jacob Kupper“ hat die Flotte des Admirals Byrd gelehrt und ist heute zum Flug nach dem Südpol gestartet.

**Fahrtpreisermäßigung zum Staatsfeiertag.**  
Um die Beteiligung an den Feiern anlässlich des 15-jährigen Bestandes der Republik zu fördern, genehmigt das Eisenbahnministerium eine 50-prozentige Fahrtpreisermäßigung nach Prag, Pilsen, Budweis, Königgrätz, Brünn, Olmütz, Pöchlarn und Káischau und zurück. Die Ermäßigung gilt für Fahrten von jeder beliebigen Station nach den genannten Orten (weiter und dritter Klasse Personen- oder Schnellzug), und zwar für die Einfahrt Freitag, den 27. Oktober ab Mittag und Samstag, für die Rückfahrt Sonntag, den 28. und Sonntag bis Miitternacht. Die Reisenden lösen in der Antrittsstation eine einfache Karte zu vollem Preis, die mit dem Datumstempel versehen wird; diese Karte gilt dann auch für die Rückfahrt.

**Der französische Afrikaflug.** Luftfahrtminister Cot gab Informationen über die beabsichtigte Afrika-Expedition französischer Flugzeuge. Der Tag der Abreise wurde auf den 3. November d. J. festgesetzt. Die Unternehmung wird sowohl militärische, als auch politische, technische und handelspolitische Bedeutung haben. Oberbefehlshaber der Flugexpedition wird General Guillemin sein. An dem Zuge nehmen sowohl Land- als auch Wasserflugzeuge teil. Die Besatzung jedes Flugzeuges wird aus zwei Mann, davon mindestens einem Offizier bestehen. Der Flug führt über keines der Gebiete, die von aufständischen Stämmen bewohnt sind. Die Gesamtstrecke mißt etwa 25.000 Kilometer, und soll in 33 Etappen zurückgelegt werden. Die Reise nach Afrika führt über Marokko, der Rückflug über Tunis.

### Vom Rundfunk

#### Empfehlenswertes aus den Programmen.

**Montag.**  
Prag 11: Schallplatten, 13.45: Schallplatten, 16.30: Kinderred, 17.35: Englisch, 18.30: Deutsche Sendung: Dr. Edith Vogel: Kunstvorführung für die kommende Woche, 20.25: Gefänge der Nationen. — Brünn 15.40: Frauenfunk, 17: Russische Literatur, 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Polatschek: Einführung in die Kunstgeschichte, 21: Konzert. — Wien 12: Mittagskonzert, 15.55: Aus selten gespielten Opern, 17.20: Vorträge auf zwei Klavieren, 18.50: Franz Schubert, 20.45: Das ist die Liebe. — Breslau 20.10: Abendkonzert. — Leipzig 23: Orchesterkonzert.

**Dienstag**  
Prag 10.10: Deutscher Schulfunk, 15.30: Schallplatten, 16.55: Jugendfunk, 18.30: Deutsche Sendung: Lieber jüdisch-deutscher Komponist, 19.55: Konzert. — Brünn 12.25: Mittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk. — Káischau 16.30: Orchesterkonzert, 18.40: Hygiene-Stunde. — Wien 16: Aus Tonfilmen, 18.50: Mänge aus der Wienerstadt, 21: Liebes-Traute aus Wagner-Opern. — Frankfurt: 20.45: Ein kleines Kapitel Mozart. — Leipzig 21.25: Brahms. — Berlin 21.15: Max Reger: Quintett.

**Deutscher Schulfunk-Programm.** 31. Oktober, ab 10.10 Uhr: Ueber die Arbeit des Försters im Herbstwalde, ein Fragegespräch mit Oberförster Ing. F. Eiber (Oberstufe) Schemen, eine Fortfolge in Wort und Gesang, zusammengestellt von Dr. Fr. Langh. (Ober- und Unterstufe). — 7. November, ab 10.10 Uhr: Hirtenleben im Schönheutitzgau, Frankfurter, zusammengestellt von der Arbeitsgemeinschaft der Schönheutitzgauer Heimatforscher in Mähr-Trübau. 1. Bild: Das Dorf erwacht. 2. Bild: Beim Gemeindegärtner auf der Wette. 3. Bild: Hirtenleben.

# Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

## Ungarns Arbeiterfußballer als Gäste.

Zu den Europa-Meisterschaftsspielen am 28. und 29. Oktober in Ruffig und Komotau II.

Anlässlich der zur Europameisterschaft gehörenden Begegnung der Arbeiterfußballer Ungarns mit unseren Vertretern wird es sicher von Interesse sein, wenn wir auf einige Begebenheiten aus dieser großen internationalen Sportveranstaltung hinweisen. Zur Durchführung der Spiele in allen drei Zonen sind gegen 41.200 Kilometer Bahnfahrt zurückzulegen. Ursprünglich waren es gegen 60.000 Kilometer, nachdem die Reisen in Deutschland mit einberechnet waren. Also auch wirtschaftlich für den Staat sind diese Spiele von Bedeutung. Rechnet man noch die Verpflegung und Übernachtungen hinzu, so wird die wirtschaftliche Bedeutung noch erhöht. Aber die Reisen werden auch dazu benutzt, um Land und Leute kennen zu lernen. Ebenso ist die kulturelle Bedeutung dieser Spiele nicht zu verkennen. Versuche von kommunalen und interessanten Fabrikationseinrichtungen, Museen und sonstigen lebenswerten Dingen sind mit ein Programmteil dieser Reisen. Nicht nur zum Fußballspiel, sondern auch zur Hebung des Geistes werden die Europameisterschaften benutzt. Ueber die politische Bedeutung dieser Begegnungen, besonders in der Jetztzeit, ist schon wiederholt geschrieben worden.

Die sportliche Bilanz zeigt derzeit folgendes Bild:

In der Westzone hat sich Belgien herausgehoben. Sein härtesten Gegner war Holland, welches ganz große Fortschritte gemacht hat. In der nördlichen Zone gab es gleichfalls eine Hebererhöhung. Diese Zone ist geteilt und erwieb sich hier Dänemark, mit dem niemand ernstlich rechnete, als außergewöhnlich stark. Dänemark tropie den als Favoriten geltenden Norwegern in ihrer Heimat ein Unentschieden ab. In der zweiten nördlichen Abteilung war Lettland über Finnland siegreich. Lettland wird also mit dem Sieger aus dem zweiten Spiele Dänemark-Norwegen antreten.

In unserer Zone (Mitte) ist Oesterreich durch das Ausschneiden Deutschlands an die Spitze gekommen. Seine Position ist ziemlich gesichert, denn die Tschechoslowakei wie auch Ungarn werden kaum in der Lage sein, alle noch ausstehenden drei, bzw. vier Spiele zu gewinnen. Dabei hatte Oesterreich insofern Glück, daß Polen in beiden Begegnungen kurz nach Spielbeginn durch Verletzungen Spieler verlor und so nicht recht mehr mitzukaute. An den in dieser Zone bisher durchgeführten Spielen haben insgesamt 118.000 Zuschauer teilgenommen.

Die am 28. und 29. Oktober bei uns spielenden Ungarn werden wohl alles ausbieten, um die Tabellenposition zu verbessern. Gegen Oesterreich spielen Ungarn 4:4 und verlor am nächsten Tag trotz Feldüberlegenheit unglücklich 4:2. Oesterreich hatte eben bessere Schützen im Sturm. Die Spielweise der Ungarn war aber derart ausgezeichnet, daß die Wiener Zuschauer die Ungarn auf den Schultern vom Plage trugen. Wir hatten ja anlässlich der Olympiade Gelegenheit, die Ungarn spielen zu sehen. Außerst schnell und temperamentvoll, dabei technisch hochwertig, so werden sie auch unserer Vertretung gegenüberstehen. Unsere Elf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es ihr gelingt, den Ungarn die gleiche Spielweise gegenüberzustellen, die in Bodenhoch gezeigt wurde. Einfach des ganzen Könnens und der ganzen Kraft, vom Beginn bis zum Schluss.

Der 28. Oktober soll uns in Ruffig zeigen, daß unsere Fußballer sich ihrer Mission bewußt sind, nicht nur als Vertreter des Aus, sondern auch als Werber für die Arbeiterportade. Und am 29. Oktober soll dieser Beweis neuerlich in Komotau erbracht werden. Trotz falscher Antriebe in allen Ländern, soll an diesen beiden Tagen neuerlich bewiesen werden, daß der internationale Gedanke der Zusammengehörigkeit unter der Arbeiterkraft lebt und nicht ausgerottet werden kann. — r —

### Die Altus-Ländererf im Europaspiele gegen Ungarn

am 28. Oktober 1933 in Ruffig a. d. E. und am 29. Oktober 1933 in Komotau-Oberdorf:

Strobel (Eichwald)		Schlegel (Reinangeß)	
Unger (Grollenau)			
Günther (Reinangeß)	Wesela (Zuckmantel)	Fiedler (Krochwis)	
Hirsch (Weiskirchlig)	Malik (Weiskirchlig)	Otto (Weiskirchlig)	Kowatsch (Weiskirchlig)

Reserve: Andörfer (Zuckmantel) — Schmidt (Kleifche) — Desterreicher (Graslich).

### Ziehung der Klassenlotterie

10.000 K: 24.353, 30.039, 34.480, 38.186, 47.676, 55.999, 57.592, 69.650.

5.000 K: 769, 2.408, 5.138, 5.883, 10.537, 17.572, 22.060, 28.528, 36.163, 61.953, 66.979, 69.311, 70.871, 77.974, 94.865, 95.115.

2.000 K: 1.580, 3.186, 3.506, 3.981, 7.791, 9.279, 9.324, 12.470, 12.995, 15.993, 16.729, 18.578, 21.023, 21.328, 22.259, 23.875, 22.511, 23.161, 24.576, 23.708, 26.820, 28.605, 32.904, 33.574, 34.255, 33.784, 36.964, 37.227, 37.239, 37.714, 38.741, 42.689, 44.897, 45.258, 46.113, 49.797, 51.995, 52.495, 53.192, 54.521, 55.475, 58.020, 58.536, 60.936, 61.090, 61.104, 62.491, 63.626, 64.423, 65.052, 65.866, 66.340, 66.728, 66.744, 67.573, 68.583, 72.946, 74.015, 77.180, 77.668, 78.956, 80.151, 82.863, 85.267, 86.616, 90.048, 90.618, 91.443, 96.928, 97.118, 96.498.

1.200 K: 2.454, 6.619, 16.462, 45.558, 46.481, 47.247, 62.688, 65.158, 70.731, 89.301, 95.601, 101.830, 101.868.

# Tagesneuigkeiten

## Zwei Millionen Farmer in Streikbewegung.

Washington, 21. Oktober. Millionen von Farmern in den Vereinigten Staaten planen, sich dem Streik anzuschließen, dessen Organisatoren für heute die Entsendung von aus 100 bis 1000 Mann bestehenden Abteilungen vorbereiten, welche einen Staat nach dem andern besuchen werden, um die Farmer zu überreden, sich dem Streik anzuschließen. Die Unzufriedenheit der Farmer mit den bisherigen Ergebnissen des „Nationalen Wiederaufbaues“ hat ihren Höhepunkt in der Proklamation des sogenannten „wirtschaftlichen Kampfes“ erreicht. In dieser Proklamation werden familiäre Farmer aufgefordert, den Verkauf von Getreide, Vieh, Milch, Eiern und anderen Produkten zu den Produktionsauslagen nicht entsprechenden Preisen abzulehnen und keine Zinsen von den Schulden sowie auch keine Steuern zu bezahlen, ins solange die Preise zumindest nicht die Produktionshöhe erreichen. Die Streikorganisation zählt etwa 2 Millionen Mitglieder und ihre Tätigkeit umfaßt im ganzen 36 Staaten.

## Seidenfabriksarbeiter in blutigem Streik

Paterfen (Zitat New Jersey), 21. Oktober. Bei einem Zusammenstoß zwischen streikenden Seidenfabriksarbeitern und der Polizei, der sich am Freitag ereignete, wurden zwei Streikende schwer und acht leicht verletzt. Die Streikenden warfen gegen das Gebäude, in welchem Streikbrecher arbeiteten, Steine. Die Polizei mußte Verstärkungen herbeirufen. Sie gab einige Male Schüsse gegen die Menge ab und verwendete Tränen-Gasbomben, um die Erregenden zu zerstreuen.

## Der medizinische Nobel-Preisträger.

Stockholm, 21. Oktober. Der Nobel-Preis für das Jahr 1932 für Leistungen auf ärztlichem Gebiete wurde nach einer Meldung einer hiesigen Agentur Thomas Hunt Morgan, dem bekannten Forscher auf dem Gebiete der Zoologie in Pasadena in Kalifornien, verliehen.

## Wie heutzutage Geschäfte gemacht werden.

das enthält ein Prozeß, der eben vor dem Prager Handelsgericht ausgetragen wird. Da liegt ein Herr Dr. Mathis, ehemals Direktor der Zentralfabrik in Olmütz, jetzt Generalvertreter der Brünnener Waffenzentrale für Nordmähren, die Prager Firma Elektrotechna (Siemens) auf Auszahlung einer Provision von 1.500.000 K., u. zw. aus dem schlichten Titel, er habe auf Grund einer Bekanntheit mit dem Industriellen und Großgrundbesitzer M. Veran in Gewittsch, der der Stiefbruder des Generaldirektors der Post- und Telegraphenverwaltung Dr. Kalla ist, bei der Postverwaltung wegen der Vergebung von automatischen Telephonzentralen an die Elektrotechna interveniert. Zunächst wollte sich der Herr Dr. Mathis mit einer zweiprozentigen Provision in der Höhe von 200.000 K. begnügen, als ihm diese aber verweigert wurde, verlangte er eine 15-prozentige Provision (!) und legt nun diese in der Höhe von 1.5 Millionen Kronen ein. Vor dem Gericht legte der Generaldirektor Kalla aus, daß Dr. Mathis zwar bei ihm gewesen sei und Informationen eingeholt habe, doch sei von irgendwelchen Verhandlungen keine Rede gewesen. Die vier Firmen, die sich in der Tschechoslowakei mit dem Bau von automatischen Telephonzentralen befassen, haben am 23. April 1931 einen Zündsatzvertrag abgeschlossen, der bis 22. April 1936 läuft und nach dem die beiden Firmen „Telegraphica“ in Pardubitz und „Elektrotechna“ in Prag je 40 Prozent der von der Postverwaltung zu vergebenden Lieferungen erhalten, je 10 Prozent dann die Firmen V. K. Prchal in Kolin und die „Microfona“ in Prag. Dabei spielen auch die in Betracht kommenden Systeme eine erhebliche Rolle, indem die „Telegraphica“ nach dem System „Rotary“ arbeitet, die „Elektrotechna“ nach dem Siemens gehörigen Patent „Stromer“, Prchal nach dem schwedischen System Ericsson und die „Microfona“ nach dem System Dr. Walter Brandt. Gerade diese Systemverhältnisse führt zu Schwierigkeiten bei der Einhaltung des Zündsatzvertrages, da jetzt beispiels-



### Lokaltermin im unterirdischen Reichstagsgang.

Journalisten erhalten in dem Gang Informationen über die Lage der Verlichtungen (links). — Der Eingang zu dem Tunnel, der sich zwischen Reichstagsgebäude, Maschinenhaus und Reichstagspräsidentenpalais hinzieht (rechts).

### Die Südpol-Expedition.

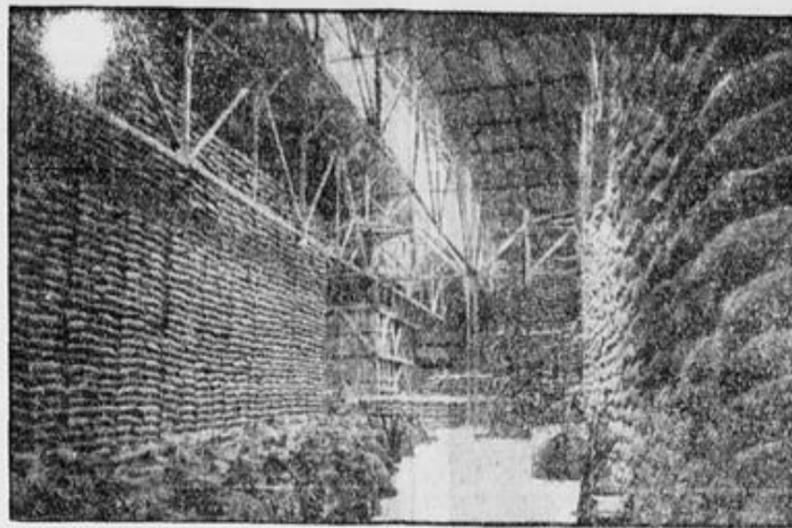
London, 21. Oktober. (Neuter.) Das Schiff „Discovery II“, an dessen Bord sich die 52 Teilnehmer der britischen wissenschaftlichen Expedition zum Südpol befinden, ist heute früh zur für 20 Monate berechneten Fahrt nach der Antarktis abgedampft.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

#### Die Verelendung der Berufsreisenden und Vertreter.

Der Stand der Berufsreisenden und Vertreter gehörte noch vor nicht langen Jahren zu jenen Schichten der Bevölkerung, die sich infolge ihres höheren Einkommens auch eine gehobene Lebensführung leisten konnten. Heute haben sich die Verhältnisse vollkommen geändert. Bitterer Not und Elend herrscht unter ihnen. Mit Mühe und Not verdienen sie das zum Lebensunterhalt Allernotwendigste. Trotzdem tragen die Vertreter und Reisenden ihr Elend nur selten zur Schau. Im Interesse ihres Berufs müssen sie ein gewisses Aufsehen bewahren. Sie repräsentieren doch ihre Arbeitgeber! Sie müssen immer ordentlich gekleidet sein, sie müssen Kaffeehäuser und andere Lokale besuchen, und haben dabei manchmal nicht einmal so viel Geld, um sich ein bescheidenes Mittagmahl kaufen zu können. Durch ihre Pflicht zu repräsentieren, täuschen sie die breite Öffentlichkeit, die auch heute noch der Meinung ist, daß es den Vertretern gut geht, daß sie einen leichten Broterwerb haben. Diese Meinung ist nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei den Behörden verbreitet und haben sie darunter schwer zu leiden. Erhöhte Steuern, Mangel jedes sozialen Schutzes und ähnliches sind die Folgen davon.

Die Vertreter und Handelsreisenden haben im Wirtschaftsleben eine äußerst wichtige Funktion zu erfüllen. Sie stellen die Verbindung zwischen Produzenten und Großhändlern einerseits und Detailhändlern andererseits her. Ihr Dienst ist schwer und erfordert besondere Eigenschaften und viel Geschick. Früher war dieser Dienst entsprechend entlohnt. Meistens hatte der Vertreter neben seinem Fixum und Diäten noch eine entsprechende Provision. Heute muß er zwar seine Aufwendungen vervielfachen, dafür aber sind seine Einkommensverhältnisse um ein Vielfaches gesunken. Er hat nicht eine oder zwei Einkommensreduktionen mitgemacht, sondern unzählige. Vor allem haben die Herren Unternehmer den meisten Vertretern das Fixum gestrichen, die Diäten auf ein Minimum geführt oder auch vollkommen annehmen. Mit dieser Maßnahme haben die Unternehmer gleich zwei schwere Schläge dem Vertreter versetzt. Sie haben ihm nicht nur sein Einkommen gekürzt, sondern stellen ihn infolge der Entscheidungen des U.S.G. außerhalb jedes Rechts. Der Provisionsvertreter muß sein Dienstverhältnis beweisen, will er die sozialen Rechte, die für Angestellte gelten, für sich in Anspruch nehmen. Dies ist aber nach den Entscheidungen des U.S.G. äußerst schwer und gelingt nur in den seltensten Fällen. Kann der Vertreter sein Dienstverhältnis nicht nachweisen, dann kommt auch die Steuerbehörde mit diversen Unternehmern, die er zahlen muß, obwohl er tatsächlich kein Unternehmer ist. Diese Rechtszustände haben unter den Vertretern auf Provision die heillosen Leiden angeordnet. Sie sind nicht mehr gewillt, diese Zustände andauern zu lassen. Die Organisationen der Geschäftsreisenden und Vertreter haben den Kampf um die Geltendmachung des sozialpolitischen Schutzes aufgenommen. Auch der Vertreter muß endlich einmal gewisse Rechte besitzen, um vor der Ausbeutung sei-



#### Absatzkrise verursacht Farmerrevolte in USA.

Blick in ein riesiges Weizenlager mit Tausenden von Säcken unvertäuflichen Mehls. Trotz aller Bemühungen Roosevelt und der wirtschaftlichen Wiederaufbauaktion leiden die amerikanischen Farmer mehr denn je unter der Krise. Sie haben jetzt den mit Präsident Roosevelt abgeschlossenen Waffenstillstand gekündigt und fordern eine Geldinflation als einziges Mittel zu ihrer Rettung. Um ihren Forderungen Nachdruck zu geben, haben sie einen Generalstreik beschlossen, der sich bereits in Terroraktionen und in Ausschreitungen gegen die Regierungsorgane ankündigt.

ner Arbeitgeber und vor der Willkür der Behörden geschützt zu sein.

Würden dem Vertreter durch Kürzung seines Einkommens auf bloße Provision beinahe sämtliche Angelegenheiten genommen, so würden ihm infolge der herrschenden unersichtlichen Verhältnisse der Wirtschaft auch die Verdienstmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung führte zu einem großen Rückgang des Warenumsatzes. Belohnt der Vertreter nur Provision von seinem Umsatz, dann ist es selbstverständlich, daß bei vermindertem Umsatz keine Einkommensverhältnisse sich verschlechtern. Da aber der Umsatz nicht nur der Menge, sondern auch dem Werte nach zurückgegangen ist, so drückt sich die Einkommensenkung in doppeltem Ausmaße beim Vertreter aus.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten auch zur Folge, daß der Vertreterberuf in den letzten Jahren einen ungeheuren Zuzug erhielt. Die Abbaumassnahmen von Angestellten vermehrten das Heer der Vertreter und es ist selbstverständlich, daß durch den verminderten Umsatz bei vervielfachter Zahl von Vertretern, für den einzelnen auch die Verdienstmöglichkeiten sehr gesunken sind. Dieser Zuzug von Postenlosen zum Vertreterberuf ist auch von einem anderen Gesichtspunkt für den alten Vertreter gefährlich. Um einen Broterwerb zu erhalten, übernimmt der Arbeitslose zu jeder Bedingung eine Vertretung und macht auf diese Weise seinen Kollegen Konkurrenz.

Eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Vertreter brachten die diversen Einfuhrbeschränkungen und Zöllebestimmungen. Den Vertretern ausländischer Firmen ist beinahe jede Arbeitslosigkeit genommen und wirkt sich ihre Nachfrage nach inländischen Vertretungen ungünstig für den ganzen Stand aus. Die Nationalisierungsmaßnahmen im Handel schalteten eine große Anzahl von Vertretern aus dem Wirtschaftsprozess aus. Das Präzedenzfall der Fabriken, die großen Warenhäuser, die Einzelhandelsgeschäfte machten die Tätigkeit vieler Vertreter überflüssig.

Durch die geschiederten und andere Verhältnisse ist das Einkommen der Vertreter auf einen Bruchteil dessen gesunken, was sie vor Jahren verdient haben. Es gibt wohl keine andere Berufs-kategorie, in welcher für die Arbeitenden solche Einkommensreduktionen eingetreten sind.

wie hier. Der Stand der Vertreter und Geschäftsreisenden, der früher zur Elite der kaufmännischen Angestellten gezählt wurde, ist heute degradiert und vollkommen pauperisiert. Zum Teil trägt an diesem Zustand auch die Unausgeglichtheit in den eigenen Reihen die Schuld. Noch heute gibt es eine Anzahl von Vertretern und Reisenden, die sich dessen nicht bewußt sind, daß sie in das Lager der Arbeiter und Angestellten gehören. Noch heute schließen sie in das Lager der Unternehmer hinüber. Sie vereinigen sich mit selbständigen Kaufleuten, mit Unternehmern in eigenen Vereinen und Organisationen, um angeblich Standesinteressen zu wahren. Solche Vereine können nicht gleichzeitig Angestellten- und Unternehmerinteressen wahren. Sie müssen sich nach einer oder der anderen Seite hin orientieren. Da die selbständigen Kaufleute und Unternehmer sozial härter sind, als die gewöhnlichen Reisenden und Vertreter, ist es selbstverständlich, daß diese Vereinigungen auch den Strömungen folgen, die von der sozial härteren Gruppe ausgehen. Es ist daher eine Selbsttäuschung, ein Selbstbetrug jedes Vertreters und Reisenden, der auf solche Weise seine Interessen vertreten läßt. Der Geschäftstreisende, der Handelsvertreter gehört wie jeder andere Angestellte in seine Gewerkschaft.

**Vereinigung Bauarbeiter- und Holzarbeiter-Internationale?** Einem offiziellen Bericht über die in Amsterdam abgehaltene Sitzung der Exekutive der Bauarbeiter-Internationale entnehmen wir folgende Angaben über den Stand der Frage der Verschmelzung mit der Holzarbeiter-Internationale und anderen arbeiterverwandten Internationalen Berufssekretariaten: „Im Zusammenhang mit dem von der Holzarbeiter-Internationale gefassten Beschluß, in kürzester Zeit eine Verschmelzung mit der Bauarbeiter-Internationale herbeizuführen, besprach die Exekutive sehr eingehend das Problem der Fusion mit anderen Internationalen. Es soll den in Frage kommenden Internationalen ein Vorschlag unterbreitet und sie sollen eingeladen werden, einer Sitzung der Vorsitzenden und Sekretäre beizuwohnen, die prüfen wird, auf welcher Grundlage ein Einverständnis in bezug auf die Fusion herbeigeführt werden könnte. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, einen Entwurf auszuarbeiten, der als Verhandlungsgrundlage dienen kann.“

### Vom Prager Rundfunk

Bild geht es zu im Aether in diesen Wochen? Aus Deutschen Sendern dröhnen die herausfordernden Phrasen der Führer des aufgebrochenen Volkes, aus Wien antwortet, mündarlich gemindert und allüberreichlich g'summt, Herr Dollfuß mit den Zeilen, der englische Kabinettsminister verdammt das hilflose fortschrittliche Technik nicht, um keinem deutschen Kollegen auf die richtige Wellenlänge zu helfen. - Die Völkler sitzen vorm Lautsprecher und hören zu wie sich das Gewitter über ihnen zusammensetzt. Nur unsere Prager deutsche Sendung weiß nicht von diesen Spannungen. Herr Dozent Dr. Walter Witsch führt den Weg der Physik vom Radio zum Radium, gut gesprochen, sachlich einfach, aber doch, infolge der zur Knappheit gebundenen Stofflage, etwas schwierig und trocken. - Herr Wilhelm Forman (Prag) zeigt, wie sich der Zettelfilm zum Kunstwerk entwickeln sollte; indem die Künstler die Verbindung zu den übermenschlichen Tingen wiederfinden, wieder religiös werden. Offenbar bei der Vortragende noch nichts gehört von den wahren Filmkunstwerken die unterliegen, aus dem Reich des höfisch-wissenschaftlichen Antisemitismus, denen freilich, wie er sagt, die volkstümliche Kraft Quelle ist, aber eine Kraft und Weltanschauung, fomenjahrweit entfernt von der kirchlichen Religiosität, die er sich und den Künstlern der Zukunft wünscht. Und ganz bestimmt vertritt er nicht, daß aus dem mittelalterlichen Film nichts dauernd und grundlegend Dramatisches werden kann, er nicht seine Erzeugung der gesinnungslosen Raffgier kapitalistischer Großunternehmer mit und ohne Christentum empfinden sein wird. - Sinnwiederum Herr Dr. Wilhelm Pöschel, Geschäftsführer des deutschen Hauptauschuf-

tes für Leibesübungen in Ausg. preist, kräftig deutsch gefärbt, den Segen der Körperbildung, die Mäner-tugenden bildet, denn Leben heißt kämpfen und wo findet man das besser als im Sport, und insbesondere das deutsche Volk hat Körperkultur notwendig ist. ... Uns dünkt, daß des deutschen Volkes Geistesstruktur derzeit äger gefährdet sei als seine Körperliche, für die doch in Arbeits- und Konzentrationslagern, in selbstmächtigen Übungen usw. allerhand getan wird; aber wir wissen auch ganz genau den Wert der Leibesübungen für den Körper und den Charakter der Menschen zu schätzen. - nur daß uns zu allererst die Körper- und Geisteskultur der werktätigen Menschen am Herzen liegt. - Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, in der wir eine eigentümliche proletarische Lebensform sich entwickeln sehen. Wir wollen nicht, daß wir und unsere Angehörigen, daß insbesondere unsere Kinder körperlich und geistig zu brauchbaren Marionetten geformt werden. Ich weiß, dies liegt im Grunde auch Herrn Pöschel fern, aber es ist das Wesen der „deutschen“ Turnerei. Hier muß man sich rechtzeitig und deutsch distanzieren. - Dann erfahren wir von Herrn Prof. Dr. Ing. August Gehrner (Prag) ganz genau, daß es leichte, mittel-schwere und schwere Reichsbelastung der Straßen gibt und daß demgemäß auch verschieden widerstandsfähige und ebenso angemessene teure Straßenbedeckungen geschaffen werden müssen. Hieran sind wir nur mittelbar interessiert. - da wir es hierzulande und weit und breit in der Umgebung zum Volk-auto noch nicht gebracht haben, denken wir dabei mehr an die Wälderung der Arbeitslosigkeit durch Ausbau unserer Straßen und Plätze unserer Auto-industrie sowie Belebung des Fremdenverkehrs, - müssen aber leider darauf hinweisen, daß man auch in den Gräben längs der Betonstraßen nicht angeneh-

### Ist der Streik eine unerlaubte und strafbare Handlung?

Von Dr. Egon Schwelb.  
Das Streik als Schöffengericht in Pilsen hat in einem Urteil vom 27. Juni 1931 die Anschauung ausgesprochen, daß der Streik eine unerlaubte, strafbare Handlung sei. Im letzten Hefte der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Prämier Obersten Gerichtes in Strafsachen ist nun unter Nr. 4644 das Urteil des Obersten Gerichtes veröffentlicht, welches über die dagegen überreichte Nichtigkeitsbeschwerde ergangen ist. Das Oberste Gericht bemerkt, nun, es könne sich in rechtlicher Hinsicht überhaupt nicht erklären, wie das Streikgericht Pilsen zu der Anschauung gelangt ist, daß der Streik eine unerlaubte strafbare Handlung sei. § 3 des Koalitions-gesetzes vom 7. April 1870, welches überdies nur bestimmte Handlungen während eines Streiks mit Strafe bedroht hat, ist doch durch § 7 des sogenannten Terrortgesetzes vom 12. August 1921 ausdrücklich aufgehoben worden und dieses Gesetz führt im § 1, Absatz 2, den Streik ausdrücklich als an sich nicht strafbar an. Auch durch kein anderes Gesetz ist der Streik für strafbar erklärt worden. Es kann, wie das Oberste Gericht fortfährt, kein Zweifel darüber bestehen, daß der Streik von den Arbeitern allgemein als wichtiges und wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer angesehen wird.

Zur Unterstützung seiner Ansicht beruft sich das Oberste Gericht in der besprochenen Entscheidung auf den Artikel „Koalitionsrecht“, welchen der Erste Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Emil Hácha, im „Slovník veřejného práva československého“ (Wörterbuch des tschechoslowakischen öffentlichen Rechts) veröffentlicht hat. Hácha führt da aus, daß zwar das „Streikrecht“ nicht unter den Begriff des „Koalitionsrechtes“ fällt, welches nach § 114 der Verfassungsurkunde gewährleistet ist, daß aber weder der Streik, noch die Aussperrung allgemein verboten seien.

Hácha fährt in dem zitierten Artikel fort: „Insbesondere kann ein Verbot (des Streikes) nicht im zweiten Absatz des § 114 der Verfassungsurkunde\*) mit Grund geltend werden, denn zum wäre nach der Verfassungsurkunde selbst am Ende der wirtschaftliche Kampf überhaupt ausgeschlossen und der zweite Absatz wäre eine Negation des ersten Absatzes\*\*), welcher im-plicit auch eine Organisation, die zum Zwecke des wirtschaftlichen Kampfes geschaffen ist, unter Verfassungsschutz stellt.“

Wenn ein Streik (eine Aussperrung) mit Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage kollidiert, ruft er allerdings prinzipiell alle privatrechtlichen Folgen der Nichterfüllung eines Vertrages hervor. Ein strafbares Delikt ist aber an sich weder der Streik, noch die Aussperrung als Mittel des reinen wirtschaftlichen Kampfes. Hier wäre eine ausdrückliche Strafnorm notwendig (§ 111, Absatz 2, der Verfassungsurkunde\*\*\*)). Das Gesetz über die Rötigung Nr. 300/1921 (§ 1, Absatz 2) bestimmt ausdrücklich, daß ein Streik (Aussperrung) aus wirtschaftlichen Motiven den Deliktbestand der Rötigung nicht bildet, obgleich er seinem Wesen nach ein Zwangsmittel ist, welches die vollkommene freie Entscheidung einschränken will.“

Es ist vielleicht in dieser Zeit, in der alle Rechtsbegriffe wanken und in der in vielen Nachbarländern der Arbeitserlasse durch nackte Gewalt die Errungnisse jahrzehntelanger Kämpfe geraubt wurden, nicht unangebracht, einem weiteren Streife diese Behauptungen zugänglich zu machen, deren eine in einem Urteile des Obersten Gerichtes, die andere in einer wissenschaftlichen Arbeit des ersten Funktionärs des zweiten Obergerichts der Republik, des Obersten Verwaltungsgerichtes, enthalten ist.

\*) Welcher alle Handlungen von Einzelpersone, oder Vereinigungen verbietet, die als vorläufige Verletzung des Koalitionsrechtes zum Schutze und zur Unterstützung der Arbeits- (Angestellten-) und Wirtschaftsverhältnisse erscheinen.  
\*\*) Enthält die Gewährleistung des Koalitionsrechtes.  
\*\*\*) Strafen können bloß auf Grund eines Gesetzes angedroht und verhängt werden.

